

Verteidiger:  
Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Stauf

Verteidiger:  
Rechtsanwalt Martin Menges

## Fast 800 000 Euro Steuern hinterzogen?

■ Von Bernd Bude

Limburg/Runkel. Ein 44 Jahre alter Unternehmer aus einem Limburger Stadtteil und eine 36 Jahre alte Disponentin aus Runkel sind seit gestern vor der 1. großen Strafkammer am Limburger Landgericht wegen Steuerrückstellungen angeklagt. Sie sollen dem Fiskus zwischen den Jahren 2000 und 2004 insgesamt fast 800 000 Euro vorenthalten haben.

Die Angeklagte arbeitete für den in der Türkei geborenen Deutschen in dessen Firmen als Buchhalterin und war unter anderem für die Umsatzsteuererklärungen verantwortlich. Im Laufe der Jahre stellte der 44-Jährige laut Staatsanwaltschaft Scheinrechnungen mutmaßlicher Subunternehmer aus. So wurden Arbeiten in Rechnung gestellt, die angeblich niemals geleistet wurden. Die ausgewiesene Vorsteuer verlangte der Unternehmer laut Anklage vom Finanzamt zurück.

Weiterhin macht die Staatsanwaltschaft dem

Duo den Vorwurf, für einen illegal beschäftigten Arbeiter rund 17 000 Euro nicht an den Sozialversicherungsträger abgeführt zu haben. Der Türke, der im Firmengebäude des Unternehmers einbleibe gefunden hätte, war nicht als Arbeitnehmer angemeldet worden.

Der von drei Anwälten vertretene Angeklagte sagte gestern nichts zu den Anschuldigungen. Dagegen war die Angeklagte, weitaus auskunftsfreudiger und belastete sich selbst und den Unternehmer schwer. Sie sei seit 1998 bei dem Mitangeklagten als Buchhalterin tätig gewesen. Immer wenn es dem Unternehmen schlecht gegangen sei und die Firma vor einer Insolvenz gestanden habe, habe der Chef eine neue Baufirma gegründet.

Auf die Frage des Vorsitzenden Richters Joachim Sehl, warum viele Unterlagen im Rahmen des Ermittlungsverfahrens verschwunden seien, sagte die Frau, der Mitangeklagte hätte diverse Do-

kumente für sich behalten und versteckt.

Die Scheinrechnungen an das eigene Bauunternehmen habe sie auf Blankoformularen nach Weisungen des 44-Jährigen ausgestellt. Sie, die Disponentin, habe vermutet, dass im Unternehmen zahlreiche illegale Arbeitnehmer beschäftigt gewesen seien. Den in der Anklage erwähnten Türken habe sie kennen gelernt, er habe ihr einen französischen Pass vorgelegt.

Das Angestelltenverhältnis sei dann im Unfrieden in die Brüche gegangen. Sie sei zu einem späteren Zeitpunkt auch Gesellschafterin der Firma gewesen und werde nun immer noch mit 70 000 Euro in Anspruch genommen. Die Frau machte sich selbst Vorwürfe und beteuerte, dass sie entgegen vieler Vermutungen keine persönliche Beziehung zum Angeklagten habe.

Die Verhandlung ist zunächst für sieben Verhandlungstage angesetzt und soll heute um 8.30 Uhr fortgesetzt werden.

NAP 10.4.'08